

# Postliche



# Zeitung

15 Pfennig

Gegegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postbestellungen sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, Finanz- und Handelsblatt. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarisches Anzeiger“. — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.-Mark, monatlich 4.90 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreis in Goldmark, num.-Zelle 30 Pfennig, Familien-Anzeigen num.-Zelle 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Oberförsterei, Georg Bernhart, Ernst Varentz, Redaktionen (m. Ann. d. Handelt.) Carl Tisch, Berlin, Uvarov. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Persepolis-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 3000-3005, für den Fernverkehr Am Dönhofs 3000-3008. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 666

## Briand's Friedensoffensive

### Die Betroffenen beschweren sich

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 3. Januar  
Außenminister Briand hat gestern dem „Matin“ und dem „Journal“ Erklärungen abgegeben, in denen er in ähnlicher Weise, wie in dem von der „Vossischen Zeitung“ weitergegebene Interview mit amerikanischen Journalisten, seine Außenpolitik verteidigt. Diese Interviews finden in hiesigen politischen Kreisen eine so hohe Bedeutung, als Briand bisher mit Internationals sehr vorsam gewesen ist und nur wenige Journalisten sich zulassen können, politische Erklärungen durch den sehr schweigsamen Briand erhalten zu haben.

Man ist deshalb hier allgemein der Ansicht, daß Briand's Erklärungen nach der vielbesprochenen Anfrage des päpstlichen Nuntius beim Reichspresidenten im Obsterlehen Fall, sowie, und daß der französische Außenminister, der ihm die Widerstände, die seine Friedenspolitik in französischen Reichsteilen bis in das Ministerium Poincaré hinein aussetzt, nicht unbekannt sind, die Gelegenheit des Jahreswechsels benutzt hat, um seinen Gegnern bereits jetzt klar zu machen, daß er sie sofort nach Zusammentritt der Kammer zu einer linken Stellungnahme der neuen französischen Außenpolitik gegenüber bringen will.

Wichtige Wähler, die der „Arenenpolitik“, geben ferner, in den Erklärungen Briand's einen direkten Stoß gegen das „Arenenpolitik“ Poincaré zu sehen, was dem Blatt zufolge um so verständlicher ist, als die beiden Männer ungleich über das deutsche Problem derselben Ansicht sein können. Der „Paris Midway“ glaubt, daß Briand Poincaré nicht vergessen habe, und daß die Angriffe, denen er damals seitens der Oppo-

sition, der auch der heutige Minister Marin angehöre, Briand, dem Postillen, vertrieben hätten.

Auf der anderen Seite fragen sich die Wähler, wie Briand, der sonst so vorläufige und kluge Politiker, dem der Geist der Stunde nicht entgegen käme, gerade im gegenwärtigen Augenblick das Ministerium der Außenpolitik durch Durchführung einer Wendung über die Auswärtige Politik kompromittieren könnte.

In den Wählern der Opposition wird deshalb Briand häufig angegriffen. Man weiß darauf hin, daß Briand's Klugheit in der Krise letzten Jahre, nicht einmal die geringste Wenderung innerhalb des Kabinetts. Um übrigen versteht man nicht, weshalb Frankreichs Außenminister sein Land und das Parlament abwagen wolle, sich über die Opportunität der Versammlung auszusprechen, bevor man wisse, welche Resultate sie zeitigt.

Stich im „Temps“ findet Briand's Erklärung eine geteilte Aufnahme. Das Blatt begrüßt Briand's Optimismus, denn in Occano und Osef sei ungewissheit ein Anfang zu der Annäherung der Welt gemacht worden, aber ein großer Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs ist demürrigt darüber, daß man offensichtlich diesseits und jenseits des Meines nicht dieselben Ansichten über die Lösung der spanischen Probleme habe. Das Blatt kritisiert an der Reizungsansprache Sibirienburgs an, nach der „jede Nation zuerst das Recht und die Pflicht habe, ihre Freiheit und ihren Charakter zu wahren“, und kommt im Anschluß daran und im Anschluß der Forderung der gesamten öffentlichen Meinung nach Räumung der Rheinlande zu dem Schluß, daß zwischen Berlin und Paris „eigenartige Kontakte“ und „ausfallende Gegenstände“ über die Friedenspolitik bestehen.

Briand hat sich heute abend im Senat nach dem Gehen Frankreichs begeben, wo er zehn Tage zu seiner Erholung bleiben wird.

## Die Senatswahlen in Frankreich

San  
Dr. Leo Stahl,  
Berichterhalter der „Vossischen Zeitung“  
\* Paris, 3. Januar

Am 9. Januar finden in einem Drittel der französischen Departements die Wahlen zur Erneuerung des Senats statt. Die Verfassungsgesetze vom Jahre 1875 hat die Zahl der Mitglieder der Senats Kammer auf 300 festgesetzt, zu denen seit dem Jahre 1920 Vertreter der beiden reamnettierten Provinzen Elsaß-Lothringen hinzugekommen sind. Die Senatoren werden jeweils für die Dauer von 9 Jahren gewählt, die in der Weise, daß alle 3 Jahre ein Drittel ausfällt. Zu diesem Zweck sind die 90 Departements ihrer alphasbetischen Reihenfolge nach in drei Serien eingeteilt, von denen diesmal die dritte, die Departements Oise bis Jura umfaßt, an der Reihe ist. Die Wahl erfolgt indirekt. Wahlkreis ist das Departement. Das Wahlgremium wird sich zusammen aus den Abgeordneten des Departements, den Mitgliedern der provinziellen Körperlichkeiten, der Generalkonferenzen und Territorialräte, sowie aus den Delegierten der Stadtparlamente. Zahlmäßig geben den Ausschlag die Kommunen, die in die Wahlkreise ihrer Größe entsprechende Zahl von Vertretern entsenden.

Die Eigenart dieses Wahlsystems bringt es mit sich, daß der Ausfall der Senatswahlen in erster Linie von dem Ergebnis der letzten Kommunalwahlen bestimmt wird. Dadurch kommt es, daß die Wahlkreise, denen die politische Orientierung der Wählerkolonnen im Laufe der Zeit ausgefällt ist, im Senat jeweils erst nach Jahren zur Auswirkung kommt mit dem Erfolg, daß dieser nicht nur ständig hinter der Entwicklung nachzubleiben scheint, sondern auch in seiner parteipolitischen Zusammensetzung häufig in fortwährender Gefahr ist, daß aus direkten Wählern herbeizugewandene Kammer folgt. Dieses Phänomen wiederholt sich in einer Regelmäßigkeit, daß man sich in Frankreich daran gewöhnt hat, im Senat einen Faktor des politischen Ausganges, ein retardierendes und fortwirkendes Element gegenüber den zuerst ihren Verläufen der politischen Stimmung im Lande zu sehen. So hat in den Jahren, die die Kammer unter der Herrschaft des Nationalen Volks hand, der in seiner Mehrheit damals noch fast links orientierte Senat wiederholt als Brücke gegenüber der nationalität-rationalen Tendenzen der Ministerien Briand und Poincaré zu wirken vermocht, während umgekehrt die Senatswahlen vom Jahre 1924 in Auswirkung des der Rechten günstig gewesenen Ergebnisses der mittelbar vorangehenden Kommunalwahlen die Reichstagen Angehörigen der „Nationalen Union“ vor der Reaktion vertrieben und diese dadurch in neuem Bedeutung zu der inzwischen neuorganisierten parteipolitischen Deputiertenkammer gebracht hat. Durch den Senat ist letztendlich im Frühjahr 1925 das letzte Kartellministerium Perrot zu Fall gebracht worden.

In seiner gegenwärtigen Zusammenfassung zählt der Senat 5 Fraktionen: 1. Die etwa 150 Mitglieder zählende „Demokratische Linke“, die die verschiedenen Schattierungen der bürgerlichen Demokratie, von den Radikalsocialen und Republikanischen Sozialisten bis zu den gemäßigten Radikalen umfaßt, und der sich das halbe Dutzend sozialistischer Senatoren, die zu schwach waren, um eine eigene Gruppe bilden zu können, angeschlossen haben. 2. Die etwa 25 Mann starke „Demokratisch-Sozialistische Union“, die sich im vergangenen Jahre als „Sozialistische Union“ (Union Socialiste) von der „Demokratischen Linke“ abgespalten hat. 3. Die den gemäßigten Republikanern vom rechten Zentrum der Kammer entsprechende „Union republicaine“, mit etwas über 100 Mitgliedern. 4. Die etwa 30 Mann zählende Gruppe der „Republikanischen Sozialisten“, die im Gegensatz zu ihren führenden Namen die reaktionären Elemente der sogenannten Ultraliberalen und der liberalen Progressiven umfaßt, und endlich 5. die ein knappes Dutzend zählende Gruppe der „Republikanischen Rechten“. Dazu kommen einige der kleineren Fraktionen „ausgefallene“ „Ultraliberale“, vertriebenes Schattierungen. Diese Aufzählung gilt allerdings nur ein sehr approximatives Bild von den tatsächlichen parteipolitischen Verhältnissen, die noch unvollständiger und verwickelter sind, als in der Kammer. Die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen sind im Gegensatz zu den gewöhnlichen Parteien verwischt als dort, und die Elemente, die viele vereinigen, sind von einem Anstrich an Homogenität, von dem man sich überhalb Bränfels kaum eine Vorstellung machen kann. Auch kommt, daß die Fehlen festgelegter Parteipolitik bei jeder wichtigen Abstimmung die einzelnen Gruppen regelmäßig auseinanderreißen. Innerhalb der „Demokratischen Linke“, wo mit den Sozialisten und den in jahrelangem Kampf erprobten Führern der bürgerlichen Linke sich eine ganze Reihe von Politikern der Mitte, wie der an-

## Pfund und Dollar steigen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 3. Januar  
An der heutigen Börse zeigen trotz entsetzlicher Intervention der Bank von Frankreich die Kurse für Pfund und Dollar leicht an.

Man führt diese Bewegung, die von London und New York ausgegangen sein soll, auf zwei Ursachen zurück: einerseits waren von englischer Seite neue Operationen in Umlauf gesetzt worden, nach denen Frankreich bis im letzten Sommer abgeschlossene provisorische Schuldabkommen mit England nicht mehr einhalte und daher die am 15. März folgende Zahlung von zwei Millionen Pfund nicht leisten werde. Das Finanzministerium hat sich jeder Genötigung gefeiert, diesen Operationen ein entschlossenes Dementi entgegenzusetzen, wozin es erwidert, daß am 15. März genau wie am vergangenen 15. September pünktlich bezahlt werde.

Der zweiten Grund für die Frontenveränderung sieht man in Paris in der Entlaste, daß das Schöpfung mit noch sehr beträchtlichen Mitteln über 5 Milliarden ausgedrückt hat. Das Vergehen des Schöpfung konnte ja einestmals nicht besonders liberalen, als man weiß, daß das Schöpfung im Gegensatz zu dem Überüberüber der „Nationalen Union“ sich aufhalten zu können hat. Es hat seine finanziellen Mittel zu sehr in den verschiedenen Schattierungen und vor jeder nicht in der Lage, die Verpfändungen gegenüber der Bank von Frankreich zu erfüllen. Ihr sind noch 700 Millionen auf das Konto der französischen Reichsbank zurückzuführen.

Außerdem hat es gerade jetzt zu Jahresbeginn große fällige Ausgaben für Gehaltszahlungen und sonstige laufende Staatsausgaben, während die Einnahmen aus den Steuern jetzt nur sehr bescheiden sind. Wenn man aber auch, wie gefolgt, die neue Devisenentscheidung des offenen Weltmarktes durch das Schöpfung verstehen kann, so will das nicht heißen, daß man sie auch billigt.

Besagend für die Kritik, die in zahlreichen Finanz- und politischen Kreisen geübt wird, sind die Ausführungen im Handbuchs des „Paris Midway“. Das Blatt weist darauf hin, daß das Schöpfung jetzt schon über 10 Milliarden Pfund in den letzten 15 Monaten entnommen haben, das man bestreiten kann, die überaus verhängnisvolle Anleihepolitik, die die Regierung schon

einmal an den Rand des Abgrundes gebracht habe, wieder von neuem zu tun.

Es ist ja nicht zu leugnen, meint das Blatt dem weiter, daß die Vergehen des Schöpfung ein Gegenrecht und eine Bedingung für die neue Anleihe bilden, aber die Reichsregierung und Kontroll-Kommission, mit der das Schöpfung seine neue Anleihe ausgereicht, lasse doch wieder argwöhnen, daß es sich dieser so einfachen, aber diplomatischen Methode noch weiter bedienen wolle, so daß es so etwas wie eine „neulose Anleihe“ auszulassen nicht absieht wäre.

## General v. Batelski wieder in Paris

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 3. Januar

Am Doni d'Orsay wird erklärt, daß man morgen in Paris die Ankunft des Generals v. Batelski erwartet. Eine Sitzung des Interalliierten Militärkomitees in Versailles ist noch nicht festgelegt.

## Genfer Briefetageung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Genf, 3. Januar

Nach der aufregendsten Demagogen-Tageung des Monats ist die Rückkehr des Generals v. Batelski nach Paris erfolgt. Auf dem Montsaunier der deutschen Delegation, von denen einige, wie der Untergeneralstabschef Dr. Dausour, nächsten Montag ihre Tätigkeit im Generalkonzertat aufzunehmen, bringt der Januar an wichtigen Ereignissen nur eine Sitzung des Internationalen Journalisten-Komitees, das für den 24. Januar einberufen ist. In der Sitzung dieses Komitees, das als letztes vorberstehendes Gremium für das Winterhalbjahr in Genf tätig ist, übernehmende Pressekommision, ist für Deutschland vom Botschafter Georg Bernhard berufen worden. Die Komitees der Dispositionsgeneratoren und der amtlichen Nachrichtenbüros haben, wie erinnerlich, in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres bereits in Genf getagt. Außerdem finden im Januar noch Sitzungen der Dispositionskommision, der Informativkommision und der Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit statt.